

Sachsen.

Stierundbrechiger Jahrgang.

Bezugspreis... Carl Deilmann in Halle S.

Anzeigen... werden die Spaltenzahl über dem...

Nr. 48. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 30. Januar 1900.

Bestellungen für die Monate Februar und März

bei allen Reichspostanstalten 2 M.

Für Halle und Giebichenstein nehmen unsere Expeditionen und Austräger Bestellungen an, zu 1,70 M. bei einmaliger, zu 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung.

Spermafregeln.

Unter der Signatur „Der grüne Tisch“ veröffentlicht kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des „Bundes der Landwirthe“, nachstehende Zuschrift aus den Kreisen Ostpreußen-Neuburg:

Nachdem wir seit August v. S. unter den Spermafregeln leiden, welche die Maul- und Klauenseuche mit sich bringt, ist durch landespolizeiliche Anordnung der Königsberger Regierung vom 27. Dec. 1899 das gesammte Gebiet der genannten Kreise unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

wollten, der Landwirtschaft selbst den allergrößten Schaden bringen. Auf wie vielen Gebieten hat sich nun bereits gezeigt, daß die Politik des „Bundes der Landwirthe“ unmittelbar durch die Landwirtschaft schädigt!

Deutsches Reich.

Die Konventionen und das Sozialistengesetz.

In seiner Rede vom 20. Januar hatte der Reichstagsabgeordnete Fürst Herbert Bischoff unter Vernehmung auf dem Antrag des Abg. v. Nordhoff, einen Führer der konservativen Partei bei der Verhandlung des Sozialistengesetzes öffentlich bezeugt, daß der Reichstag über die ihm bekannten Ansichten des ersten Reichstages in unklarer gelassen und dadurch die völlige Ablehnung des Sozialistengesetzes bewirkt zu haben, während dem Reichstagesrat auch mit der Bewilligung des abgelehnten Gesetzes, ohne die Abstimmungsbefugnis, beauftragt worden wäre.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.) 187. Sitzung vom 29. Januar, 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Vorkatholik v. Bodebeck, v. Tschelmann, Präsident Graf v. Helldorf, Reichstagspräsident v. Helldorf, Reichstagspräsident v. Helldorf, Reichstagspräsident v. Helldorf.

Abg. Dr. Völkner (Vd. d. Abw.): Es handelt sich bei dem Reichstagesrat um die Konzentration der künftigen Mittel aus dem Reichsbeitrag und es sollte etwas anderes geschaffen werden, als die gegenwärtigen, deren Einführung nicht abgelehnt wurde.

Staatssekretär v. Bobbitt: Der Vortrager habe ein etwas schwaches Bild entworfen, das aber nicht zutrifft. Er selbst sei der Vater des Reichsbeitrages auf Grund seiner Beobachtungen des wirtschaftlichen Lebens.

Abg. Gump (N.): Dadurch, daß die Reichsbeiträgeverwaltung kein Gesetz zur Regelung des Reichsbeitrages einbrachte, sondern auf dem Verwaltungsweg diese Verbesserung einführt, habe sie tatsächlich und rechtlich richtig gehandelt.

Staatssekretär v. Bobbitt: Aber die Anfechtung der neuen Beamten habe natürlich der Reichstag ebenfalls zu befehlen, also wohl die Budgetkommission, während alle Anfechtung der Einrichtung der Rechnung des Reichstages unterliegen. Mit den überschüssigen Mitteln habe die Reichsbeiträge nichts zu thun, die Reichsbeiträge nehme sie und bezahle sie.

Abg. Singer (N.): Mit der Bildung einer besondern Kommission ist er einverstanden. Er glaube nicht daran, daß die Reichsbeiträge nur aus idealen Gründen zum Nutzen des Reichs die Reichsbeiträge einführen wollen, es liege ihr wohl eben viel an dem Reichsbeitrag und an der Vermehrung ihrer Reichsbeiträge.

Abg. Witting (N.): Die Einführung des Reichsbeitrages sei mit Vertheiligung aufzunehmen, wie jede Vertheiligung des Reichsbeitrages. Die Reichsbeiträge mit ihren 18,000 Reichsmark seien dem Reichsbeitrag in der Lage, den Reichsbeitrag zu übernehmen.

Polenwirtschaftliches.

Die in Berlin und in anderen großen deutschen Städten bestehenden Büreauen begünstigen sich besonders nicht damit, Werten für das Ausland anzugeben, sondern sie vermitteln auch immer, bei dem Verkauf der Waren, die sie verkaufen, englische und österreichische Marken.

Social.

Nach § 154, Absatz 8 der Reichsgewerbeordnung können die Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in Fabriken auch auf Werkstätten mit Motorenbetrieb ausgedehnt werden. Dies soll jetzt durch eine kaiserliche Verordnung geschehen.

Derartige Klagen sind nicht neu. Schon vor Jahr und Tag sind aus Schlesien ganz ähnliche Beschwerden erhoben worden; dort wurden, trotzdem auch nur in einzelnen Distrikten, Sachverständige vorgeladen worden, ganze Kreise — längere Zeit nicht weniger als sieben — monatelang gefesselt — und besonders dem Handel mit Schwarzvieh im Umkreise ganz unerfüllbare Bedingungen auferlegt.

Das auch die Landwirthe durch solche ungesetzlich strengen Vorschriften zu leiden hätten und schädigt würden, betonen damals schon die Viehhändler, und sie ertrachten auch die Beweise hierfür in der Form von Petitionen mit vielen Hundert Unterschriften von kleinen und bauerlichen Besitzern, die um Milderung jener Vorschriften baten, die ohne die Seuche zu befechten, Bauern und Händler schwer schädigten.

Damals gingen aber die konservativen und agrarischen Blätter über diese Bitten und Klagen, die sich ihnen nur als die Resultate einer Hundler-Mode darstellten, einfach zur Tagesordnung über. Jetzt ist aber — wie die obige Zuschrift beweist — die Stimmung auch in ländlichen Kreisen eine andere geworden.

Die Spermafregeln, welche seitens der verschiedenen Regierungen gegenüber dieser Seuche angeordnet werden, sind nun für die landwirtschaftliche Bevölkerung in Handel und Wandel so außerordentlich lästig, finanziell so schädlich und allem Ansehen nach praktisch so absolut unzureichend, daß es kein Wunder ist, wenn in landwirtschaftlichen Kreisen mehr und mehr die Ansicht verbreitet findet, es wäre besser, in dieser Sache überhaupt nichts zu thun.

Und der Abgeordnete Fürst zu Sumburg und Lapphausen, der doch sicherlich kaum die Interessen der Händler vertreten dürfte, meint:

Unter diesen Verhältnissen möchte ich dringend bitten, von jedem Antrage abzusehen zu wollen, der dahin geht, eine Verschärfung der vollständigen Spermafregeln einzutreten zu lassen.

Man hätte daher, wie ich vorhin schon bemerkte, sehr wohl, bei dem Antrage zu bitten, sich zu energisch mit polizeilichen Spermafregeln vorzugehen.

Der Gemeinwohlgeordnete Weissenbagen fürzte in Bezug auf die Schädlichkeit der jetzigen Spermafregeln folgendes aus:

Der Schaden der Maul- und Klauenseuche wird aber doppelte und dreifache empfunden wegen der Spermafregeln, die zur Bekämpfung dieser Seuche angewendet werden.

Es ist bei uns die Ansicht allgemein, daß der Schaden der Spermafregeln in noch größerer als der Schaden der Seuche selbst, und daß die Kosten der Spermafregeln mindestens dreifach so groß sind, als der Schaden der Seuche selbst, und daß die Kosten der Spermafregeln mindestens dreifach so groß sind, als der Schaden der Seuche selbst.

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.

len müssen. Der Reichsanwalt ist sehr skeptisch, namentlich durch die Ober-Legationskassen. Außerdem erhebt die Reichs-
post an allen Orten und Stellen Gebühren, selbst wenn man sich
sein eigenes Geld anzuschaffen läßt. (Weiteres) Die Gebührens-
tarif für die Reichspost ist viel zu hoch. Auch die 1,2 Bgr. Zinsen
verschärfen die Lage. Auch die 1,2 Bgr. Zinsen
werden nicht voll gezahlt. Es werden bei der Berechnung
ganze Tage, ja Wochen von Tagen, angerechnet. Wenn die Verzinsung
bevorzugen wird, muß sie auch mit dem entsprechenden
Zinse bezahlt werden. Es mußte von jeder Verzinsung
einmal 1,2 Bgr. zu weniger. Er wünschte von Verzeihen das
Recht zu verlangen, oder wenn der Plan zu bleibe, wie er ist, werde
dies wohl nicht der Fall sein. Er bitte um Überweisung auf
die Budgetkommission.

Staatssekretär v. Boddien: Der Herr General Finanz-
rat Wülfing möchte, daß die Rechnung nicht richtig ver-
standen zu haben. (Gehehrt.) Der Oberverwalter in Österreich
benutzt, wie unvorstelllich groß seine Spannungen seien.
Der Vertrag mit der Reichspost hat von der Reichsanwaltschaft
vollständig abgelehnt worden. Die Verzinsung er-
folgt nach dem Gesetz und der Reichspost ist nicht zu be-
zweifeln. Es handelt sich hier nicht um eine Fiskalfall, es ist kein eigenes
Geld, das er lebensfähig machen wollte, aber nicht durch Fiskalfall
den Hals abbrechen.

Abg. Wolf (fr.): Seine Partei begrüßt jede Erleichterung
des Verkehrs mit dem Reich und der Reichspost, das ist
der feinen Gesetzgebung recht wichtig. Er wünscht, daß die
Streitigkeiten wegen Gebühren über die Reichspost
sehr beschleunigt. Nebenher bemerkt er auch verschiedene Details,
wünscht aber, daß der Reichsverband erst nach der Verhandlung
durch ein Gesetz einmündig wird.
Er wünscht, daß die Reichspost durch den Abg. Wülfing an, daß
Gebühren nicht erhoben werden dürfen. Die Reichspostver-
waltung überhaupt zu mangelhaft und fiktional, daß sie unter
feinen Umständen im Bewaltungsweg einmündig werden dürfte,
indem wir durch eigenes Geld, um dem Reichspost seine
Wichtigkeit zu machen.

Abg. Richter (fr.): Das Verfahren, das hier vor-
getragen wurde, ist weder einfach, noch bequem, noch billig.
Nebenher wünscht gleichfalls Verbesserung auf die Budget-
kommission.

Staatssekretär v. Boddien: Er bemerkt, daß System in Öster-
reich sei noch viel veraltet, und man habe da noch viel mehr
Formulare, als bei uns eingeführt worden sollten, und doch habe
jede die Sache dort gut entwicelt. Wir müssen jetzt sehen, wie
sich bei uns die Sache in der Praxis gestaltet.

Abg. v. Zander: (fr.) Seine Partei, das Ziel der Vorlage könnten
sie nur erfüllen, wenn die Interessen der Reichspost liegen. Die
Sache ist aber noch zu kompliziert, wenn Herr Wülfing
den Plan nur schwer verstanden habe, wie kann man dann vom
feinen Mann verlangen, daß er die Sache begreift! Ein sehr
bedenklicher Gesichtspunkt ist, von Zinsen und Gebühren
auszugehen.

Abg. Dr. Hüfner: (fr.) Er wünscht, daß der Reichs-
verband eine Konkurrenz der Post- und Telegraphen sei
und hält die Beteiligung in einer besonderen Kommission für
unmöglich.

Abg. Dr. Hüfner: (fr.) Er wünscht, daß die Vorlage der
Post- und Telegraphen überwiegen.
Es folgt die Beratung des Post- und Telegraphen-
Gesetzes.

Der Bericht der Kommission erklärt Abg. Wülfing an die
vorige Session zu erinnern. Abg. Zander (fr.) an die
vorige Session zu erinnern. Abg. Richter (fr.) an die
vorige Session zu erinnern, welches viel zu hoch ist. Die kleine Briefe
wird gegenüber der großen sehr unvorteilhaft.

Staatssekretär v. Boddien: Das Gesetz, betr. den Post-
verkehr, tritt am 1. Januar 1901 in Kraft, so daß das
Reichspostamt mit dem Vorarbeiten hast beschleunigt sei. Im
nächsten Jahre werden die Steuern genau die Herstellung
des Postgesetzes in Aussicht genommen werden.

Abg. Dr. Wülfing: (fr.) Seine Partei wünscht auch eine gleich-
zeitige Reform der Reichspost und der Reichspostverwaltung.
Das Postgesetz mußte auch nach den Leistungen besser werden, also
nach dem Interesse der Reichspost.

Abg. Dr. Wülfing: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Reichspost
bewilligt. Sodann tritt Beratung ein.
Nächste Sitzung Dienstag, 1 Uhr: Ausgaben des
Post- und Telegraphen-Gesetzes.
Schluß 5 Uhr.

Brennlicher Landtag.

(Bericht der Saale-Bez.)

Abendunterhaushalt.

12. Sitzung vom 29. Jan., 11 Uhr.

Das Haus ist schon besetzt.
Am Nachmittag: Herr v. Hammerstein u. a.
Die zweite Beratung des Entwurfs der Landwirtschafts-
lichen Verwaltung wird fortgesetzt mit Titel: Gebälde
des Unterwaldens etc. etc.

Zu diesem Titel: Herr v. Hammerstein, Dr. Bartsch (fr.) Abg. Dr.
Richter (fr.) Abg. v. Hammerstein.

Die künftige Staatsregierung zu erklären, die Geschäfts-
berichte der aus Staatsmitteln subventionierten Kornhaus-
genossenschaften in Verbindung mit einer speziellen
Angabe der Umsätze der von den einzelnen Genossenschaften
gekauften Waren (insbesondere Getreidearten, Dünge-
und Futtermittel) vorzutragen.

Abg. Dr. Cüster: (fr.) Begründet diesen Antrag.
Es müssen spezielle Berichte über die Tätigkeit der vom Staate
subventionierten Kornhausgenossenschaften dem Landtage vorgelegt
werden. Damit nämlich darüber festgestellt werden, in welcher
Weise und mit welchem Ergebnis auf diesen Gebiete Staatsgelder
verwendet würden. Es sei bei dem damaligen Gegenstande
ausdrücklich in den Motiven ausgesprochen worden, es handle
sich um ein Experiment. Darum müsse man doch Material
haben, um zu entscheiden, wie das Experiment ausgefallen sei.
Es liegt vor allem im Interesse der Landwirtschaft, darüber
aufgeklärt zu werden. Es sei zu denken, daß es einigen Be-
tragslosen unangenehm sein würde, ihre Geschäftsberichte zu
veröffentlichen. Aber so lange sie Staatsmittel erhalten, müsse
man darauf dringen. Nebenher wendet sich dann speziell zur
Kornhausgenossenschaft in Halle, welche immer den anderen Be-
tragslosen als sich hingestellt werde, aber mit aus-
schließlichem Betriebe Handel getrieben habe, was ihrer Zweck-
bestimmung gegenüber sei. Nebenher, der der Tribüne den Rücken
zkehrt, bleibt in dem größten Teil seiner Ausführungen nicht
vernehmlich.

Geheimrat v. Schütz: bittet um Ablehnung des Antrags. Aller-
dings brauchen die Kornhausgenossenschaften nach seiner Meinung
die Berücksichtigung ihrer Geschäftsberichte zu fürchten. Die
Regierung habe fort, ohne Bezugnahme auf einzelne Genossen-
schaften, im allgemeinen die Ergebnisse der Kornhausgenossen-
schaften mitzuteilen. In einer speziellen Mitteilung des
Geschäftsberichts der einzelnen Genossenschaften solle die
Regierung nicht für befähigt. Das seien Interessen der Staats-
verwaltung. Eine solche Mitteilung könne auch gar nicht er-
folgen, aus Rücksichten, die sich aus dem Geschäftsberichts der
Genossenschaften ergeben und die aus nachfolgenden Gründen
auch bei jedem anderen Betriebe die Veröffentlichung derartiger
spezifischer Berichte nicht möglich sei. Es verlohne sich nicht, den
Vertrauen zugleich landwirtschaftlichen Konsumenten setzen. Man
kann ihm den Verkauf von Dingen und Futtermitteln nicht ver-
wehren.

Abg. Dr. Friedberg: (fr.) giebt zu, daß sich beim Betriebe
einiger Kornhausgenossenschaften Beobachtungen ergeben hätten,
kann insofern dem Antrage doch nicht zustimmen. Nebenher macht

die Regierung darauf aufmerksam, daß sie ebenfalls, wie sie bei
den Kornhausgenossenschaften zugeben, auch sich um die
Kornhausgenossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu beschäftigen. Die Kornhausgenossenschaft in Halle
solle keine ausschließlich im Konsumgeschäft den Namen ihrer
Aufgabe überbringen.

Abg. v. Menzel-Stein: (fr.) erklärt, die Behauptung,
daß das Kornhaus in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben sei, sei eine irrige. Ein dem Hallischen Kornhaus seien zwei
Drittel der Kosten der Verwaltung und nur ein Drittel Kornhaus-
besitzer beteiligt. Aber die Kornhausbesitzer seien sehr operativ
willig und würden niemals zugeben, daß das Kornhaus wieder
eingeebe, da es für die Landwirtschaft des Bezirkes von großem
Nutze sei. Wenn das Kornhaus auch einmal eine Unternehmung
habe, so ist das für einen zu kleinen Unternehmen nichts Wunder-
bares, und mache den Mitgliedern keine besondere Sorge. An
der Spitze des Kornhauses in Halle steht außer einem Land-
wirte eine gesunde konsumistische Kraft. Wollte man einen
spezialistischen Geschäftsberichts der Kornhausgenossenschaften ver-
öffentlichen, so würde das ganze Kornhausgenossenschaftswesen
den größten Schaden leiden. Es das mit den Genossenschaften
gemachte Experiment gelangen sei, könne man heute noch nicht
bestimmen, da die Genossenschaften erst ein, zwei Jahre sub-
ventioniert werden. Jedes Eingehen jetzt sei zum Nachteil. Ein
Berichts über die Verhandlung erregt werden, als sei der Geschäfts-
berichts dieser Genossenschaften irrational. Er hoffe, daß das
Zustimmte der Kornhäuser zum allgemeinen Segen für die Land-
wirtschaft werden werde.

Abg. v. Probst: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. Schmitz: (fr.) erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. Schmitz: (fr.) erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Abg. v. Hammerstein: (fr.) erklärt sich gegen den Antrag
Cüster. Allerdings gebe er zu, daß eine Genossenschaft zu be-
stimmten Zwecken, wenn es an genügend konsumistischen ge-
sunden Mitgliedern fehle, aber die Kornhausgenossenschaft in
Halle nicht zu betreiben sei. Die Art und Weise, wie der An-
trag begründet sei, lasse darauf schließen, daß es dieser
Genossenschaft an den Kräfte gebräue solle. Des weiteren
wünscht Nebenher die Vortragung einer genauen Statistik über die
Verhältnisse des landwirtschaftlichen Geschäftsberichts.
Geheimrat v. Schütz: (fr.) erklärt, daß die Kornhausgenossen-
schaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die Landwirtschaft
den Handel es nicht verstanden habe, die Landwirtschaft
zu betreiben. Es sei durchaus unzureichend, von staatlich
subventionierten Kornhausgenossenschaften zu reden. Nebenher
politisch im weiteren gegen den Abg. Dr. Cüster an, daß die
Kornhausgenossenschaften in Halle nicht zu betreiben sind, da die
Landwirtschaft nicht zu betreiben sei. Die Regierung habe unter
diesem Gesichtspunkte vom 20. Januar, das landwirtschaftliche
Genossenschaftswesen schwer gefährdet werde. Die Ge-
nosenschaftlichen lassen Politik und Konfession beiseite und ge-
wahren jedem die Mittelbarkeit. Deshalb sei es durchaus un-
angebracht, wenn in jenem Artikel über die Kornhausgenossen-
schaften die Rede sei. Er bitte, den Antrag Cüster abzulehnen.

Wahl, der gemacht werden sollte, und da mußte der Regierung
ein neuer Beschluß bekannt gegeben werden. Von diesem Besch-
lusse sind haben wir auch in Rommen die ganze Organisation
angehoben an die betreffenden landwirtschaftlichen Konsumenten
verleite. Gerade das Beispiel in Rommen zeigt, daß der Weg
dortaus glücklich gemäß war.

Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer Subvention
zu betreiben seien, und daß die Kornhausgenossenschaften in
Halle mit möglichst geringer Subvention zu betreiben seien.
Abg. Dr. Cüster: (fr.) Seine Partei wünscht, daß die Kornhaus-
genossenschaften in Halle mit möglichst geringer

